

Bezugspreis:

Wochenschrift 45.- M., monatl. 15.- M. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Welt und Zeit“ ...

Telegraphische Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Einzelnenpreis:

Die sozialdemokratische Kampfbroschüre ...

Abheben Sie die nächste Nummer ...

Redaktion und Expedition: SW 68, Lindenstr. 3

Montag, den 5. Dezember 1921

Vorwärts-Verlag S.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3

Wirth über unsere Zukunft.

Der Reichstanzler Dr. Wirth hat gestern auf dem Empfangsabend der Berliner Presse im Reichstagsgebäude eine politische Rede gehalten...

Für diese Politik hat der Reichstanzler gestern das Verständnis des Auslands und die Hilfe des Reichstags gefordert. Der Weg zum ersten geht über das zweite...

Der Grund dafür, daß wir mit der inneren Ordnung unserer Staatswirtschaft im Rückstande sind, liegt bei der Abneigung der besitzenden Klassen gegen das Steuerzahlen...

Wir müssen aber diesen Streit binnen wenigen Tagen so oder so zum Abschluß bringen. Dem Ausland ist es sehr gleichgültig, aus welchem Grunde eine deutsche Steuerreform nicht so zustande gekommen ist...

Für die Steuerordnungen muß die Aera der fortgesetzten Generaldebatten zu Ende sein. Der Reichstag muß einsehen, daß er einer Regierung, die sein Vertrauen hat, nicht nur papierne Vertrauensresolutionen, sondern auch Taten schuldig ist.

Beim Empfang des Vereins Berliner Presse im Reichstag machte der Reichstanzler Dr. Wirth am Sonntag folgende Ausführungen: Die Presse im modernen demokratischen Deutschland muß mit Nachdruck in den politischen Kampf gehen...

Das Deutsche Reich in seiner letzten Not hat gewiß die Zusammenfassung aller produktiven Kräfte zu seiner Rettung notwendig, und es ist dankbar anzuerkennen, daß in der Industrie und Bankwelt es viele Männer gibt, die die deutsche Not einsehen...

Dieser Gefahr wird vorgebeugt, wenn der Staat gestiftet wird durch die geistigen und kulturellen Kräfte, deren man ebensoviele entbehren kann wie Eisen und Kohle...

werden kann. (Beifall.) Die Politik, die ich zunächst die innere nenne, die nicht eingestuft ist auf die Entlohnung von Jahren, kann auch nicht etwa gelöst werden durch einen sich immer wiederholenden Personenwechsel...

Jeden politischen Wirtwart zu einer Unmöglichkeit machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich weiß, daß man mit dem oder jenem Politiker nicht zufrieden ist. Ich habe auch immer Verständnis gehabt dafür, daß die Finanzminister insbesondere Ätzen ausgespielt sind...

wir sind willens, auch heute noch die schweren uns auferlegten Verpflichtungen zu erfüllen. Die Regierung hat am 10. Mal bei der Annahme des Ultimatums die wirtschaftlichen Folgen der Annahme des Ultimatums denen zuzuschreiben, die uns dazu gezwungen haben...

Ich weiß nicht, wie unsere Gegner von westen sich die Fortsetzung der Politik im neuen Jahre denken. Wir wollen aufrichtig und herzlich den Gedanken der Vereinnahmung, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung zu stellen.

somit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist in den nächsten Tagen verfolgen. Aber die Entscheidung, ob es Geldgeber auf der Welt gibt, die bereit sind, in den großen Topf der Reparationen

— das ist ein Topf ohne Boden — ihr Geld hineingusteden, die Entscheidung darüber liegt nicht bei der deutschen Regierung, auch nicht allein bei der deutschen Industrie

und Bankwelt, sondern bei den Geldgebern, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz haben. Wir müssen deshalb mit Geduld der Entwicklung der kommenden Woche entgegensehen...

Die größte politische Tatkraft muß jetzt an die baldigste Verabschiedung der Steuererhöhungsfrage gesetzt werden. Gewiß werden dabei auch Kompromisse notwendig sein. Die politische Reife der Parteien gilt es zu bewahren...

Es ist mir eine herzliche Freude, — und ich darf wohl auch im Namen des Herrn Reichspräsidenten und meiner Kollegen sprechen — in Ihrer Mitte eine Stunde verweilen zu können...

Reparation und Moratorium.

Wie wir erfahren, ist die von Havas bereits am 2. Dezember verteilte Note der Reparationskommission gestern bei der Reichsregierung eingetroffen. Sie enthält keine Verschärfungen, sondern bestätigt lediglich noch einmal den Standpunkt der Entente-Regierungen...

Neue Verzögerungen?

London, 3. Dezember. (W.B.) Dem „Daily Telegraph“ zufolge kann der in der Aufstellung des Plans für eine neue Reparationspolitik eingetretene Stillstand nicht überwunden werden, bevor das Reparationsproblem einschließlich des interalliierten Abkommens vom 13. August und des Wiesbadener Abkommens vom Obersten Rat oder wenigstens von einem Ausschuss der alliierten Finanzminister erörtert worden sei...

Regierungsbildung in Belgien.

Brüssel, 3. Dezember. (U.) Die belgischen Sozialisten haben beschlossen, an der Bildung einer neuen Regierung sich vorläufig nicht zu beteiligen. Wenn der Augenblick für den Eintritt in die Regierung gekommen sein wird, soll ein neuer Kongreß abgehalten werden...

Wohnheimstätte und Wirtschaftsheimstätte.

Der Siedler und der Kleingärtner haben es schon längst schmerzhaft empfunden, daß die von der Novemberrevolution ins Leben gerufene Siedlungs- und Wirtschaftsheimstätten-Gesetzgebung (das Reichsheimstätten- und Wirtschaftsheimstätten-Gesetz), das Preussische Ausführungsgesetz zum Reichsheimstätten-Gesetz, das Preussische Gesetz über die Bildung von Bodenverbesserungsgenossenschaften, das Reichsheimstätten-Gesetz, die Reichs-Kleingarten- und Kleinpachtlandordnung, die Preussischen Ausführungsbestimmungen zu dieser Ordnung, die Reichs- und die Preussische Pachtordnung, noch nicht zusammengefaßt und vollständig erläutert wurden. Jetzt hat unser Genosse Dr. Eduard David, einer der besten Kenner der deutschen landwirtschaftlichen Verhältnisse, eine sehr belehrende Schrift „Die Siedlungs- und Wirtschaftsheimstätten-Gesetzgebung“ herausgegeben und die einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen kurz erörtert.

In seiner Einleitung schildert David wuchtig den furchtbaren Expropriationsprozeß, der unser Landvolk um Besitz und Freiheit brachte und ein ungeheures Eigentum an Grund und Boden den Junkern zuschanzte. Dieser Prozeß schuf die wahrhaft bedrückende Nachstellung des großen Grundbesitzes in Preußen und die für die Volksgesundheit und Volkswohlfahrt so gefährliche Verkümmern des bäuerlichen Besitzes. Hier trat die Novemberrevolution endlich als Retterin auf und steckte sich in ihrer Siedlungs- und Wirtschaftsheimstätten-Gesetzgebung große volkswirtschaftliche und soziale Ziele. Diese Gesetzgebung und die aus ihr fließenden staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten muß jeder kennen, der für sich und seine Familie gesündere Lebensverhältnisse begründen will.

Hat die gemeinnützige Siedlung, Heimstättenbildung und Wohnungsherstellung auch durch die Novemberrevolution einen weiten gesetzlichen Spielraum gewonnen, so ist damit leider noch nicht die tatsächliche Siedlung selbst gegeben. Diese kann erst im großen Maße um sich greifen, wenn zahlreiche Volksgenossen wegen preiswerter Bodenverhältnisse Grundbesitz erwerben können. Wir bedürfen deshalb vor allem der reichsgesetzlichen Bodenwertbemessung für alle Fälle des Bodenerwerbs für Siedlungszwecke. Genosse David führt den Artikel 153 der Reichsverfassung ins Feld, der wohl eine Entzignung nur „gegen angemessene Entschädigung“ bestimmt, aber doch hinzusetzt, „so weit nicht ein Reichsgesetz etwas anderes bestimmt.“ ... David bemerkt nun zu dieser Bestimmung: „Das läßt also die Möglichkeit zu, daß durch besonderes Reichsgesetz auch eine Entzignung ohne oder gegen eine Entschädigung, die dem Wert des zu entziehenden Objekts nicht angemessen ist, angeordnet werden kann. Damit ist also freie Bahn gegeben für ein Reichsbodenbewertungsgesetz zu gemeinnützigen Zwecken. David schlägt dann vor, bei den gesetzlichen Wertbemessungen von Eigenschaften und einzelnen Grundstücken die Steuerveranlagung zugrunde zu legen.

Die Siedlungsgesetze will David weiter durch ein Reichsbodennutzungsrecht ergänzen, das nicht nur Mindestforderungen für eine intensive Bodenbearbeitung, sondern auch eine Höchstgrenze für den privaten Besitz an Boden festlegt. Dieser Vorschlag soll endlich das ideale Ziel der Reichsverfassung verwirklichen helfen: jeder Familie eine Wohnheimstätte und jedem Landwirt eine Wirtschaftsheimstätte. Dieses hohe Ziel kann aber nur durch den Zusammenschluß der Heimstättenbewerber, Kleinbauern und Kleingärtner erreicht werden, um die Widerstände der Grundbesitzer und Bodenmagnaten gegen ein großzügiges, vollbefreies Siedlungsgesetz zu brechen. Daher haben Landarbeiter, Kleinbauern, Kleingärtner, Kleinsiedler und Kleingärtner eine Arbeitsgemeinschaft zur Sanierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse des deutschen Volkes und zur Steigerung der Produktivität der Landwirtschaft zu schließen.

*) Die Siedlungs- und Wirtschaftsheimstätten-Gesetzgebung (einschließlich Heimstätten-Gesetz, Kleingarten- und Pachtordnung). Ein Kommentar mit geschichtlicher Einleitung von Dr. Eduard David, M. d. R. J. H. W. Dieb Nachfolger, Stuttgart und Buchhandlung Vorwärts, Berlin. 10 M.

Die Mitgliederliste des Kaiserlichen Jagtclubs. Der „Kaiserliche“ Jagtclub versendet jetzt seine Mitgliederliste für 1921. Als Mitglieder werden geführt: „S. M. Kaiser Wilhelm II.“ und andere Namen, die in der letzten Zeit viel genannt wurden, u. a. Deutmann, Tilsch, Klinger, Ehrhardt und der Großindustrielle Stinnes.

Wucherbekämpfung.

Die Reichsregierung hat erneut ihre nachgeordneten Stellen auf die Notwendigkeit (scharfer Durchführung der Verordnungen gegen den Wucher hingewiesen. In der Tat bestehen seit 1919 gesetzliche Handhaben, um gegen Wucherer und Schieber mit aller Strenge vorzugehen. Die Gerichte können gegen Wucher auf Geldstrafe, Gefängnis, Zuchthaus, Erwerbsverlust, Unterjogung des Handelsbetriebs, Einziehung der Wagen, öffentliche Brandmarkung durch Urteilsveröffentlichung erkennen. Es ist auch von den Bestimmungen bisher Gebrauch gemacht worden, aber es scheint aus dem Ergebnis hervorzugehen, daß der langsame und umständliche Weg des heutigen Gerichtsverfahrens sich für eine durchgreifende Bekämpfung des Wuchers wenig eignet.

Ueber die Ergebnisse der deutschen Wuchergerichte innerhalb des Zeitraumes 1920 ist nämlich eine genaue Uebersicht dem Reichstages durch das Reichsjustizministerium zugeleitet worden. Daraus geht hervor, daß im Kalenderjahr 1920 im ganzen 27 224 Verfahren in Wuchergerichtsachen anhängig gemacht worden sind. Von dieser Anzahl entfiel der größte Teil auf Urteile zu Geldstrafen, nämlich 11 920 Fälle, der kleinere auf Freiheitsstrafen, nämlich in 7700 Fällen, und 2397 lauteten auf Freispruch, das sind also etwa 8 Proz. Es ist beachtenswert, daß an den Geldstrafen wiederum der weitaus größte Teil, nämlich in 2612 Fällen, ein Strafmaß nur bis zu 1000 M. aufweist, über 20 000 M. nur in 236 Fällen verhängt worden ist. Es sind also von der weitaus größten Strafgruppe wiederum die überwiegend meisten Fälle kleine und belanglose Delikte gewesen, die im Gerichtswege zur Aburteilung gelangten.

Auch in den verhängten Freiheitsstrafen zeigt sich ein gleiches Bild. Von den 7700 Freiheitsstrafen lauten 5635 Fälle auf Gefängnisstrafe bis zu einem Monat, 1219 Fälle bis zu drei Monaten, 735 Fälle bis zu einem Jahr und nur 88 auf über ein Jahr. Auf Zuchthaus wurde überhaupt nur in 24 Fällen erkannt.

Auch mit den anderen gleichfalls durch die Verordnungen gegen den Wucher angeordneten Strafmaßnahmen ist bisher recht glimpflich verfahren worden. Nur 55mal wurde auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt. Selbst das Eingehen des Wuchererwirts wurde nur in 4131 Fällen, etwa einem Fünftel der zur Verurteilung gelangten Fälle verfügt. Die Bekanntgabe des Urteils zur öffentlichen Brandmarkung geschah in 1579 Straffällen. Eine Entziehung des Handelsbetriebes wurde sogar nur in 79 Fällen ausgesprochen.

Dieses Bild zeigt also deutlich, wie schwierig es ist, in rein juristischer Form dem Uebel an die Wurzel zu rücken. Die dazu notwendigen Erhebungen und Erwägungen sind zeitraubend und der vorgeschriebenen strengen Form nicht immer genügend. Gerade hierbei aber liegt der Hauptwert der Bestrafung in dem erzieherischen und abschreckenden Moment einer raschen Strafverhängung. Man hat in England für die Bekämpfung dieser Schädigungen der Allgemeinheit die Selbsthilfe der Bevölkerung dergestalt herangezogen, daß die Verurteilung und Strafzumessung in den Händen eines Gerichts, gebildet aus der örtlichen Polizei und Vertretern der Verbraucherschaft liegt.

Eine Erklärung Klara Zetkins.

Endlich findet Klara Zetkin Gelegenheit sich zu äußern über den Inhalt jener Äußerungen, die ihr bei Ueberschreitung der russischen Grenze abgenommen wurden, und aus denen wir die vielfach besprochenen Berichte über den Märzputsch verdienstlich. Klara Zetkin wendet sich gegen Paul Levi, der in einer auch von uns wiedergegebenen Zuschrift erklärt hatte, daß sie weder ihm noch ihren früheren und jetzigen Freunden von dem Abhandeln kommen der Dokumente Mitteilung gemacht habe. Selbstverständlich habe sie Levi sofort nach ihrer Rückkehr von Kasan davon in Kenntnis gesetzt, indessen habe Levi erklärt, die Sache sei nicht so schlimm, da die Polizei sicher das Material längst in Händen habe und wahrscheinlich viel mehr über die Märzaktion wisse, als „wir“ (d. h. die Kommunisten! Red. d. B.) erfahren haben. Die Polizei würde von vielen Spiegeln bedient und Levi vermute schon lange, daß sie einen besonders gut unterrichteten Spion in unmittelbarer Nähe des Zentralauschusses der Partei habe.

Frau Zetkin versichert weiter, daß ihr die Dokumente erst eine Viertelstunde vor ihrer Abreise gebracht wurden. Sie mußte die bereits gepackten Koffer nochmals öffnen, um das Material unterzubringen. Sie wisse deshalb bis heute nicht einmal, was alles in Endfaltungen beschlagnahmt worden ist. Sie hatte aber den Eindruck, daß sie dort benutzte worden sei. Man habe sie ziemlich zu allererst revidiert, und da der Zug schon zur Abfahrt bereit war, habe sie nicht einmal mehr Zeit gehabt, um ein Protokoll über den Vorgang und die beschlagnahmten Dinge aufnehmen zu lassen. Deshalb sei sie außerstande, mit Ja oder Nein auf die Frage zu antworten, ob Material ihr gehöre oder ihr bekannt sei, das ihr als angeblich bei ihr beschlagnahmt vorgelegt werden würde. An anderer Stelle aber betont sie, es solle nicht etwa abgelegt werden, daß einige der in den Protokollen angeführten Fälle der Wahrheit entsprechen.

Aus der spaltenlangen Mitteilung der Frau Zetkin ist noch die Tatsache erwähnenswert, daß sie nach der Durchsicht in Endfaltungen auch noch in Riga von der lettischen Polizei verhaftet wurde. „Meine Proteste und meine Berufung auf mein Mandat als Reichstagsabgeordnete hatten nicht einmal die Wirkung, daß mir erlaubt worden wäre, die deutsche Gesandtschaft in Riga von meiner Verhaftung benachrichtigen zu dürfen. Nur einem glücklichen Zufall habe ich es zu verdanken, daß die Gesandtschaft von anderer Seite benachrichtigt werden konnte, so daß sie in anerkennenswerter vorurteilsloser und energischer Weise meine Entlassung durchsetzte.“ Auch in Riga wird Klara Zetkin durch ein Telegramm von der deutschen Grenze denunziert worden sein.

Die Auseinandersetzungen zwischen Levi und Klara Zetkin interessieren hier weniger. Wichtig ist allein die Tatsache, daß auch Klara Zetkin die Möglichkeit der bei ihr beschlagnahmten und von uns veröffentlichten Dokumente nicht bestreitet und bestreiten kann.

Ein Rat der „Arbeitsgemeinschaft“.

Die Kommunistische Arbeitsgemeinschaft (Gruppe Levi) veröffentlicht eine Erklärung, in der es wörtlich heißt:

„Das Gespenst der Märzaktion verfolgt die Kommunistische Partei wie ihr Schatten und wird jeden politischen und organisatorischen Einfluß auf die nicht-kommunistischen Proletarier im Reich verhindern, solange die Partei nicht den Mut aufbringt, in aller Öffentlichkeit ohne falsche Säem, ohne Rücksicht auf das Prestige sogenannter Führer, innerhalb der Deutschen Zentrale oder der Exekutive, abzuscheiden von Theorie und Praxis der Märzaktion, und dem deutschen Proletariat Garantien schafft, die ein noch-maliges Absinken der SPD. in anarchische und bakuninische Tendenzen verhindern.“

Die Zentrale der SPD. kehrt in dieser Situation in verlogenen Artikeln, Erklärungen und Versammlungen die Politik fort, die einen Beitrag an den Arbeitern und die Deckung der Schulden an dem Märzverbrechen bedeutet. Ohne indessen der Zentrale der SPD. in dieser Situation irgendwelche Ratschläge erteilen zu wollen, die sie weder den Mut, noch die Kraft noch die moralische Berechtigung hat durchzuführen, halten wir es doch für unsere Pflicht, den kommunistischen Arbeitern den Weg zu zeigen, den sie im Interesse des sozialrevolutionären Gedankens, des Kommunismus gehen müssen. So die Kommunistische Partei diese Krise überwinden, soll der Kommunismus in Deutschland und Westeuropa nicht für lange Zeit jeden Kredit entleert werden, so ist es notwendig, sofort folgende Maßnahmen durchzuführen:

Die Erfahrung wird zeigen, ob zu einer erfolgreichen Bekämpfung des Uebels der nochmalige Hinweis der Regierung auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen genügt oder nicht doch ein verändertes und vereinfachtes juristisches Verfahren zur schnelleren und wirksameren Erfassung notwendig werden wird.

Eine interessante Karte. Im Besitz von Transradio in Raven befindet sich eine interessante Weltkarte, die sich „Die Welt um Raven“ benennt. Sie stellt einen großen Kreis dar, in dessen Mittelpunkt Raven liegt. Man kann sich diese Karte entstanden denken, indem ein Globus aus Gummihaut im Gegenpunkt zu Raven angeschnitten und zu einer Fläche gedehnt worden ist. Wunderlich verzogen nehmen sich hier die Gängerkreise aus, und selbst gemalt erscheinen besonders jene Erdteile, die weit von Raven entfernt sind. Die Karte hat aber den großen Vorzug, daß jeder Kreis, den man um Raven schlägt, lauter Orte schneidet, die tatsächlich gleich weit von dieser Großstation entfernt sind. Es sind nun fünf solcher Kreise eingetragen, welche die Reichweite der Funkentelegraphie in ihrem Fortschritt zeigen.

Der Kreis für 1908 ist noch verhältnismäßig klein. Immerhin erreichte der Funkenspruch damals bereits Madrid, Lapland und Konstantinopel. 1910 konnten die elektrischen Wellen schon Nachrichten nach Grönland, Marokko und an die Westküste des Nordischen Meeres tragen. Der Kreis von 1914 umschließt beinahe ganz Asien, Afrika und Nordamerika. Selbst die Küste von Südamerika ist erreicht. 1916 umfaßte die Reichweite auch die weitestliegende Welt der Sunda-Inseln sowie den größten Teil von Südamerika. Der Kreis von 1918 schneidet Neuseeland, das bei dieser eigenartigen Darstellungsweise zu einem schmalen Strich auseinandergezogen scheint, und diese äußerste Kreislinie fällt schon fast mit dem Rande der Karte zusammen. Weiter als bis zu den Gegenpolen braucht ein Funkenspruch ja nicht zu reichen, und wir können bereits erklären, daß die drahtlose Telegraphie kaum mehr einer Vergrößerung ihrer Reichweite bedarf. Manen wird dem Wert, was die drahtlose Telephonie beherrscht, eine Vergrößerung zu ändern sein.

Der Neuere Pressedienst reicht bis Regio, Cartagena, Caracas, Rio, Buenos Aires, Pava, Peking und Funabashi in Japan. Ein Hin- und Herverkehr besteht zwischen Raven einerseits und New York, Madrid, Rom, Budapest und Moskau andererseits.

Jahrlige Häuser. Betrachtet man die Häuser in den Straßen einer Stadt, so sieht man in den meisten Fällen ein langweiliges stumpfes Steinmauerwerk. Und wie sehr könnte eine lebendigere Färbung das Straßen- und damit das Stadtbild vortheilhaft verändern. Beispiele dafür findet man allenthalben, wie Bernette in einem reichvollen Aufsatz in der „Umschau“ über die Fortschritte in Wissenschaft und Technik“ (Frankfurt a. M.) zeigt. Man denke nur an den Dom zu Freiburg i. Br., dessen roter, leuchtender Stein eine einzigartige Wirkung hat, oder an den Alten Markt in Brüssel, der einen großen Teil seines eigenartigen Reizes der Verwendung von Farben, besonders von Gold, an den Schaufenstern der Junthäuser verdankt. Auch die wenigen farbenfrohen Häuser, die sich neuerdings wieder hervorzuhängen, zeigen das deutlich. Freilich müßte auf den

1. Restlose Ueberwindung der Theorie und Praxis der Märzaktion, die nicht ein Schritt vorwärts, sondern für den sozialrevolutionären Gedanken in Deutschland und Westeuropa zwei Schritte rückwärts war. 2. Schaffung von Garantien, die ein neues Abgleiten der Partei durch unkontrollierbare Einflüsse von innen oder außen unmöglich machen. 3. Sofortige Beseitigung aller derjenigen „Führer“ aus allen Parteifunktionen, die aus politischer Kurzsichtigkeit in die Märzaktion hineinschlitterten. 4. Sofortige Enttarnung derjenigen aus der Partei, die direkt oder indirekt durch stille Duldung terroristische und Sabotageakte anregten, deckten oder sich ihnen nicht widersetzten. 5. Neuregelung des Verhältnisses der deutschen Sektion zur Exekutive durch völlige materielle Unabhängigkeit von der kommunistischen Internationalen.“

Dollar 226.

Der heutige Berliner Devisenmarkt zeigte ein wesentlich festeres Gepräge. Dollarnoten setzten mit 220 ein und erreichten bereits nach der ersten Börsenstunde eine Höhe von 226. Man verweist darauf, daß in der letzten Woche der Notenumlauf der Reichsbank um nahezu 4½ Milliarden gestiegen ist, so daß er jetzt bereits die Grenze von 100 Milliarden wesentlich überschreitet. Im Anschluß an die Erholung des Devisenmarktes und an große Käufe des Publikums, das von den niedrigen Kursen profitieren möchte, setzte auch am Effektenmarkt eine Aufwärtsbewegung ein. Bei den meisten Papieren sind die Verluste vom vergangenen Donnerstag schon zur Hälfte wieder eingeholt.

Schwarzweißrot wird geschützt!

Am Befreiungstage der ehemaligen deutschen Kaiserin, am 19. April hatte die Deutsche Volkspartei in Dürren am Haupte ihres Parteibüros die alte Reichsfahne gehißt. Die Fahne wurde an demselben Tage heruntergerissen. Die Strafkammer verurteilte deswegen, einer U. U. Meldung zufolge, den sozialdemokratischen Stadtverordneten und Redakteur Rademacher und zwei Arbeiter wegen Landfriedensbruches und Sachbeschädigung zu je drei Monaten Gefängnis.

Es ist schwer zu begreifen, wie die Strafkammer aus der Niederholung der Schwarzweißroten Fahne das Delikt des Landfriedensbruches konstruieren konnte. Dieser Fall ist wieder einmal typisch dafür, daß die Justiz prompt zu arbeiten versteht, wenn es sich um „rechtswidrige“ Handlungen von Arbeitern handelt. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen die Fahnen der Republik von Studenten nicht nur heruntergerissen, sondern beschlagnahmt und beschmutzt wurden; von der Einleitung von Strafverfahren oder gar von derartig unerhört schweren Verurteilungen hat man nichts gehört.

933 Millionen Defizit.

Der Hauptausschuß des preussischen Landtages beriet am Montag den Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung. Der Vertreter des erkrankten Finanzministers führte aus, daß die Einnahmen sich nach dem wirklichen Ergebnis um 1426,9 Millionen Mark erhöhen, so daß 933,1 Millionen Mark Fehlbetrag bleibt, der im wesentlichen aus der geplanten Wohnsteuer gedeckt werden soll. Doch sind die Verhältnisse so im Fluß, daß auch das neue Etatsjahr mit einem Defizit abschließen wird.

Der Dank Pfannkuchs. Genosse Wilhelm Pfannkuch ersucht uns um Veröffentlichung dieser Zeilen: Anlässlich der Vollendung meines achtzigsten Lebensjahres sind mir von nah und fern, aus dem Ausland, aus allen Teilen des Reichs, der lieben Heimat, den hiesigen Parteioptionen, von Freunden und Bekannten so viele Glückwünsche und Angebinde gesandt und überreicht worden, daß ich die zahlreichen Freunde, die meiner gedacht, bitten muß, meinen tiefempfundenen Dank öffentlich aussprechen zu dürfen. All die vielen Ehrungen, die mir im Laufe des Tages zuteil wurden, fanden einen ebenso schönen wie harmonischen Abschluß durch die von Mitgliedern des Arbeitersanerbundes am Abend vorgetragenen stimmungsvollen Lieder. Den Sängern meinen herzlichsten Dank.

Französisch und die Konferenz von Washington. Wie die Pariser Morgenblätter mitteilen, ist es sicher, daß am Dienstag in der Kammer keine Aussprache über die Washingtoner Konferenz stattfinden und daß auch Briand keine Erklärung über seine Rolle abgeben wird.

völlig verschiedenen Eindruck, den ein Gebäude in einer Wohnstraße und in einer Geschäftsstraße auf den Vorübergehenden macht. Rücksicht genommen werden. So müssen in einer Geschäftsstraße, wo die Auslagen der Läden die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden auf sich ziehen, starke Mittel angewendet werden, um den Blick nach oben zu ziehen. Doch dürfen sie den Geschmack natürlich nicht verletzen, und eine gute Farbgebung wird hier diesen Zweck besser erfüllen als besondere Bauformen. Hat man in der Geschäftsstraße nichts gegen eine Farbgebung einzuwenden, die vielleicht zu Reklamezwecken hart an die Grenze des Geschmacks geht, so wird man in der Wohnstraße in der Farbgebung mehr eine vornehme Ruhe erwarten. Mit Geschmack ausgewählte stumpfe Farben werden hier am Platze sein. Sehr schöne Wirkungen kann man durch farbigen Anstrich der Fensterräume und Schlagläden erzielen.

Ganz neue Wege in der farbigen Architektur hat — wie wir hinzufügen wollen — neuerdings der Magdeburger Stadtbaumeister Laut eingeschlagen, der namentlich mit der Errichtung eines in sichten Farben strahlenden Kaufhauses starke und schöne Effekte erzielte. Die unerschwinglichen Preise für das sogenannte „echte“ Material werden überdies in Zukunft immer mehr zur Benutzung des farbigen Anstrichs nötigen.

Neues von den roten Blutkörperchen. Die roten Blutkörperchen, die etwa 50 Proz. der Gesamtmasse des Blutes betragen bei einer Oberfläche von 2816 Quadratmeter bei dem Erwachsenen, sind ihrer Form nach von dem amerikanischen Pathologen Princes-Jones eingehender untersucht worden und im lebenden Zustande als eiförmig festgestellt. Die beiderseits eingedellte Form zeigt sich anscheinend nur außerhalb der Blutgefäße. Die Körperchen sind so weich und biegsam, daß sie ohne dauernde Veränderung ihrer Form durch die engsten Kapillaren durchkommen. Abgesehen von dem Anschwellen und Schrumpfen in Lösungen von geringerer oder höherem Salzgehalt läßt sich ein tägliches Schwanken ihres Durchmessers innerhalb der Blutcirculation feststellen, und zwar eine Zunahme tagsüber, eine Verminderung im Schlaf.

Aphorismen.

Bliebe deinen Nächsten als dich selbst! Ich aber sage: Nicht dich selbst, wie du deinen Nächsten nicht!

Scheue dich nicht vor dem Schmerzlichsten und Härtesten: wenn die Nacht am tiefsten ist, geht es dem Morgen zu.

Wißt ist die blühende Oberfläche, Humor der tiefe Goldgrund des Lebens.

Der Künstler ist noch nicht reif, der nur große Probleme wägt. Das Kleinste meistern und im Kleinsten das Große ausdrücken ist Meisterhaft.

In der Natur ist der Kiesel nur ein Stein; der Künstler kann im Kieselstein das ganze Weltall offenbaren.

R. Sternath.

Vor Entscheidungen in Washington?

Der Kongress von Washington, der sich im allgemeinen in die unruhigsten Gardinen der Scheindiplomatie und in chaotische Staubwolken von Senationsmeldungen einhüllt, soll sein verschleiertes Antlitz in dieser Woche wieder einmal enthüllen. In öffentlicher Sitzung werde, so heißt es in einer halbamtlichen Ankündigung, der Vertreter Englands und der Vertreter Japans das Ende des englisch-japanischen Bündnisses bekanntgeben. Weiter wird gesagt, der Vertreter Amerikas werde diese Mitteilung zur Kenntnis nehmen und seinerseits erklären, daß die amerikanische Regierung sich gern an einem Abkommen beteilige, das an Stelle des englisch-japanischen Bündnisses treten werde. Verschiedene Quellen wollen auch bereits wissen, wie dieses Abkommen aussehen wird. Es soll ein Garantievertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Großbritannien, Japan und Frankreich sein zwecks Sicherung des Friedens im Stillen Ozean.

Stehen die Dinge wirklich so günstig, wie hier angedeutet wird, so hätte die Konferenz von Washington ihr Programm erledigt und einen wesentlichen Erfolg erzielt. Leider sprechen die Tatsachen nicht für diese Annahme. Auf der einen Seite ist man hinsichtlich der Seeabrüstung immer noch nicht zu einer festen Vereinbarung gekommen und schwankt wie bisher zwischen dem ursprünglichen Vorschlag von Hughes und neuen japanischen Kombinationen, auf der anderen Seite fehlt dem Großmächtevertrag über den Stillen Ozean noch die Zustimmung Japans, und so schließt sich als kürzlicher Kern aus der pompösen Ankündigung vorläufig lediglich die lang erwartete, nunmehr halbamtlich bestätigte Auflösung des englisch-japanischen Bündnisses, die augenscheinlich einen starken Druck auf das bedrängte und mißgestimmte Japan ausüben soll. Mithin erübrigt es sich, über die Koalition Großbritannien, Vereinigte Staaten und Japan, zu der als vierte Macht sich angeblich Frankreich gesellen soll, Betrachtungen anzustellen.

Neue Konferenz in Paris.

Paris, 5. Dezember. (Havas.) Im Ministerium des Aeußern bestätigt man, daß eine Zusammenkunft der Minister des Aeußern Englands, Italiens und Frankreichs zur Besprechung der Orientfrage bevorsteht. Es ist sehr wahrscheinlich, daß diese Zusammenkunft in Paris stattfinden wird. Das Datum ist noch nicht festgelegt. Obgleich man sich in dieser Konferenz nur mit den Orientfragen beschäftigen soll, ist es wahrscheinlich, daß die Minister die Gelegenheit benutzen werden, um einige der anderen Fragen zu prüfen, die ihre Länder mit Beforgnis erfüllen, insbesondere die Frage der Reparation.

Wiederaufbauintrigen.

Paris, 5. Dezember. (M.S.) In Péronne wurde gestern unter dem Vorsitz des Bräufelken Morain in Anwesenheit des Senators Gouge und des Abgeordneten Gonet eine Versammlung abgehalten, die die Vereinigung der ehemaligen Frontkämpfer einberufen hatte. 800 Personen waren anwesend, die sich einstimmig gegen die Beschäftigung deutscher Arbeiter aussprachen. Die Abstimmung in den 11 Dörfern, die für den Wiederaufbau durch Deutschland bestimmt sind, ergab, daß sich 51 Prozent gegen die Deutschen ausgesprochen haben. Von 306 Familien, die befragt wurden, haben 149 dafür gestimmt und 157 dagegen.

Es handelt sich bei dieser Abstimmung offenbar um die zweite von Boucheur beeinflusste, während die erste eine überwältigende Mehrheit für deutsche Mitarbeit ergab. Aber auch die zweite Abstimmung, die eine sehr knappe Mehrheit gegen die Beschäftigung Deutscher aufweist, zeigt, wie die Stimmung in den zerstörten Gebieten tatsächlich ist, mögen interessierte Drahtzieher die Sachlage auch zu verschleiern suchen.

Die Volksabstimmung in Oedenburg.

Budapest, 4. Dezember. (M.S.) Die Oedenburger Abstimmungskommission der Entente hat an die ungarische Regierung eine Note gerichtet, worin sie mitteilt, daß die Volksabstimmung Westungarns am 3. Dezember vollendet worden ist. Im Sinne des Benediger Abkommens muß die Volksabstimmung in Oedenburg Gebiet 8 Tage später erfolgen. Die Abstimmung wird also am 11. Dezember beginnen. In diesem Tage wird zunächst in der Stadt Oedenburg abgestimmt werden und einige Tage später in den übrigen zum Abstimmungsgebiet gehörenden kleineren Ortschaften. Das Abstimmungsergebnis wird erst am Schlusse der gesamten Abstimmung bekanntgegeben. Die angeforderten Entente-Truppen sollen im Laufe dieser Woche in Oedenburg und Umgebung eintreffen.

Kleine politische Nachrichten.

Hindenburg und die „127 Gefunkenen“. Trotz des Verbotes des preussischen Kultusministers hat am Sonntag der Sch. 1. tag in Hannover stattgefunden, zu dem nach Meldung der T. L. etwa 3000 Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten Deutschlands erschienen waren. Die Tagung erhielt ihr besonderes Gepräge durch die Teilnahme Hindenburgs, dem unendliche Ovationen dargebracht wurden. Hindenburg hielt eine Ansprache, wonach wir tief gesunken sind, nicht nur im Sinne der Politik, sondern auch der Moral. — Diese Rede mögen anziehen, denen sie paßt. Wir denken dabei namentlich an die Gymnasialisten- und Studentenkreise, die einen so erstaunlich hohen Prozentsatz von Mordmördern hervorgebracht haben.

Wünsche der Auslandsdeutschen. Der in Hamburg abgehaltene zweite Kongress der Auslandsdeutschen fordert in einer Entschließung, daß endlich einmal die Ausführungsvoorschriften zu dem Entschädigungsgesetz erlassen werden und ferner den Interessenvertretungen der Entour des Liquidationsgeschäftes unverzüglich bekanntgegeben wird.

Aufgehobenes Helmsverbot. Das Verbot der „Ostpreussischen Zeitung“ ist auf die Beschwerde des Blattes vom preussischen Minister des Innern aufgehoben worden.

Der fassliche Missetäter. Der Unbekannte, der sich der Dresdener Polizei in voriger Woche stellte und angab, er sei der Mörder Erzbergers, hat eingestanden, der von der Staatsanwaltschaft ihm gesuchte Verbrecher Bzenbrock zu sein. Die Untersuchung hatte die Fahrie auf diesen schädigen Verbrecher gelenkt. Mit dem Mord Erzbergers steht er in keiner Verbindung.

In der Kassenkammer kam es zu einem Streit, als kurz nach Eröffnung der Sitzung der kommunistische Abgeordnete Milano, der bekanntlich zu 10 Jahren Zuchthaus und Ehrverlust wegen Fahnenflucht im Kries verurteilt wurde, erklärte. Viele falsche und andere Abweerdnete, darunter Glositt, verließen den Saal. Es entstand ein Tumult. Schließlich wurde, da das Haus nicht beschlußfähig war, die Sitzung aufgehoben.

Die ungarische Regierung hat sich gebildet. Ministerpräsident ist Graf Bethlen, Außenminister Graf Nikolsch, Innenminister Graf Miklos, den Ackerbau übernimmt Jochim Mayer.

Groß-Berlin

Suche nach Wohngelegenheit.

Kasernen sind nicht zu haben.

Zur Vinderung der Wohnungsnot ersuchte im Mai d. J. die Berliner Stadtverordnetenversammlung den Magistrat, schnellstens Schritte zu tun, um die in Berlin zahlreich vorhandenen leerstehenden Kasernen für Wohnzwecke nutzbar zu machen. Der Magistrat kam diesem Ersuchen nach, er hat aber erst jetzt der Stadtverordnetenversammlung mitteilen können, welchen Erfolg seine Bemühungen gehabt haben. Leider muß er über einen vollständigen Mißerfolg berichten, den der städtische Ausschuss für das Wohnungswesen, nachdem er bereits früher mehrfach vergeblich die Hergabe von Kasernen für Wohnzwecke betrieben hatte, sich aufs neue beim Reichswehrministerium und beim Reichsfinanzministerium geholt hat. Aus den Antworten der beiden Ministerien erfährt man, daß die in der Bevölkerung verbreitete Meinung, es seien noch leere Kasernen zu haben, ein Irrtum war.

Das Reichswehrministerium hat erklärt, daß es mit dem Ausbau unbenutzter Kasernen zu Wohnungen durchaus einverstanden wäre, wenn es noch solche Kasernen hätte. Die meisten Kasernen seien an das Reichsfinanzministerium abgegeben und von diesem an andere Behörden überwiesen worden (z. B. sind in ihnen mehrere Finanzämter untergebracht), so daß jetzt schon das Reichswehrministerium selber an Raumangel leide.

Das Reichsfinanzministerium hat dem städtischen Wohnungsausschuss geantwortet, die Erregung der Wohnungssuchenden sei verständlich, weil ihnen nicht bekannt sei, wie die Kasernen jetzt benutzt werden. Trotz beträchtlicher Verminderung des Heeres sei keine Kaserne entbehrlich, weil nicht nur 4500 Mann Reichswehr, sondern auch 17 200 Mann Schuttpolizei untergebracht werden mußten. Ueberdies seien sechs Kasernen zu Bureau für Behörden eingerichtet worden, wodurch an anderen Stellen viele Wohnungen frei geworden seien. Alle Kasernen seien vollkommen ausgenutzt, und Raumbewerben auf Kosten der Allgemeinheit werde nicht getrieben. Wenn Teile von Kasernen vorübergehend nicht voll belegt gewesen seien, so sei das auf Umgruppierungen innerhalb der Dienststellen zurückzuführen. Der Reichsfinanzminister betont, daß er der Wohnungsnot stets volles Verständnis und weitestgehendes Interesse entgegengebracht habe. Er habe auch die mit Kriegsgesellschaften und Behörden belegten Wohnungen bis auf einen verschwindend geringen Teil schon räumen lassen und diese Stellen in ihren Unterkünften so eingeschränkt, daß von einigen bereits Bedenken in gesundheitlicher Hinsicht geäußert worden seien.

Hiernach erklärt der Magistrat, zurzeit weitere Schritte nicht tun zu können.

Der erste Eisbahn-Sonntag.

Der künigende Frost, der die ganze vergangene Woche tüchtig arbeitete, um alle Berliner Gewässer mit einer Eisdede zu versehen, hielt auch am Sonntag an. Die Tiergartenbahnen waren noch nicht ganz instand gesetzt, aber trotzdem entwickelte sich besonders in den Nachmittagsstunden dort bald das gewohnte Sportläuferbild. Auch die Umgebung Berlins hatte sich wieder eines regen Beluhs zu erfreuen. Dies trat besonders auf den Strecken nach Wannsee und Friedrichshagen in Erscheinung, doch konnte der Verkehr ohne Schwierigkeiten bewältigt werden. Nur in den Abendstunden machte sich in Wannsee ein größerer Andrang von zurückkehrenden Eisläufern bemerkbar.

Ein Mord in Siemensstadt?

Die Persönlichkeit des Toten noch nicht festgestellt.

Auf ein neues Kapitalverbrechen läßt ein Zeichen und in Siemensstadt schließen. In den Neubauten der Siedlung der Firma Siemens u. Halske fand man im Keller unter dem Bretterbelag des Kellergerüstes die Leiche eines unbekannt benannten Mannes. Ein Ingenieur, der später das Haus beziehen soll und den Bau gestern besichtigte, entdeckte sie, als ihm auffiel, daß aus dem Belag einige Bretter herausgerissen waren. Der Nordberreichsdiens stellte fest, daß es sich um einen mindestens etwa 50 Jahre alten Mann mit weißem Haar und grauem Bart handelt. Er ist etwa 1,72 Meter groß und hat noch ein gutes, volles Gebiß. Am Hals entdeckte der Gerichtsarzt mehrere kleine Verletzungen, die vom Bürger mit den Händen oder einem Strich herrühren können. Die Kleider waren ausgezogen bis auf das Hemd, ein fast neues Wollhemd mit der Firma Schütz, Berlin. Das Hemd mit einem schwarzweiß gestreiften Selbstbinder war über das Gesicht gezogen. Neben der Leiche lag der Hut. Daneben lag auch das Jackett, in dessen einer Tasche einer der ausgezogenen Strümpfe steckte. Den anderen Strumpf fand man in einer Tasche der Hose, die mit der Unterhose über einem Balken des Bretterbelages hing. Die Schürschuhe waren unverschmutzt auf die nackten Füße gezogen. Die Hosenträger waren abgehüpft und mit einer Schlinge um das rechte Bein gezogen. Die Hände des Toten waren mit Blut besetzt. Auenscheinlich war die Leiche an den Hosenträgern in den Keller hinabgelassen worden. Ob der Mann auf dem Neubau seinen Tod gefunden oder vielleicht aus der Höhe auf den Bau geschleppert worden ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Einen näheren Anhalt zur Feststellung der Persönlichkeit außer den erwähnten Kennungszeichen neben der goldenen Trauring, der L. T. 27. 11. 06 gezeichnet ist, und ein Rezept, daß auf den Namen Hilgruber lautet. Der Name des Krates ist nicht zu lesen. Die Leiche konnte erst nach 3 Uhr am Sonnabend nachmittag an den Fundort gekommen sein. Bis dahin waren Arbeiter auf dem Neubau beschäftigt. Wächter, die nachdem die Neubauten der Siedlung zu beaufsichtigen hatten, haben nichts Verdächtiges wahrgenommen.

Im Bett verbrannt.

Bei einem Brande in der Ackerstraße ist ein älteres Mädchen, A. Moritz, vollständig verbrannt. Die Flammen hatten einen niedrigen Seitenflügel auf dem Hofe ergriffen und reiche Nahrung gefunden. Wegen der großen Verqualmung drangen Feuerwehrmänner des 13. Löschzuges von außen über Eitelreitern in das brennende Haus ein und fanden dort in einem Schlafzimer des ersten Stockes Belahenreste der Moritz, die später zum Schauhause gebracht wurden. Eine nebenan wohnende blinde Frau konnte von der Feuerwehr angeflodert und in Sicherheit gebracht werden. Andere Familien konnten sich mit Unterstützung der Feuerwehr retten. Es gelang, den Brand auf den Seitenflügel zu beschränken. Ueber die Entstehung des Feuers wird noch mitgeteilt, daß die verbrannte Arbeiterin Moritz am Montag früh von einem Heranruhen bezacht nach Hause gekommen sein soll. Sie soll dann im Bett zigaretten geraucht und dadurch den Brand verursacht haben.

Das Ende der Hundepremie.

Der Magistrat hat dem Ersuchen der Stadtverordnetenversammlung entsprechend, seinen Beschluß über die Zahlung einer Prämie von 10 M. für jede Meldung eines unversicherten Hundes als

ständige Maßnahme aufgehoben, sich aber vorbehalten, später einmal vorübergehend darauf zurückzugreifen. Immerhin hat nach den Mitteilungen des Magistrats die Auslobung der 10-Mark-Prämie einen guten finanziellen Erfolg gehabt. In der Zeit von der Bekanntgabe der Magistratsverfügung vom 24. August bis zum 24. Oktober 1921 sind infolge der Meldungen 598 Hunde neu zur Versicherung gelangt, während in 233 Fällen die Ermittlungen noch schweben. Außerdem ist gerade in den letzten Monaten eine sehr große Anzahl von Hundeu neu zur Steuer angemeldet worden. Der Magistrat führt dies Ergebnis auf seine Auslobung zurück. Diese hat der Stadt außer den verhältnismäßig hohen Steuerertrag von über 120 000 M. gebracht. — Und da mag noch jemand zu behaupten, die Stadt Berlin sei auf den Hund gekommen!

Erfahrungen mit der freien Arztwahl.

Der Ausschuss der Kassen für eine Ortskrankenkasse der Stadt Berlin hielt kürzlich eine Ausschussung ab, in der von verschiedenen Seiten sehr heftig über die Behandlung geklagt wurde, die die Kranken durch die Kassenärzte erfahren. Es wurde ausdrücklich betont, daß die Hoffnungen, die von verschiedenen Seiten auf die Einführung der freien Arztwahl gesetzt worden sind, sich in keiner Weise erfüllten. — Die anwesenden Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nahmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß die seit Mai d. J. mit dem Wirtschaftlichen Verband der Ärzte wegen Einführung der Familienbehandlung geführten Verhandlungen gescheitert sind. Da es der Ausschuss für ausgeschlossen hält, über diejenigen Honorarfrage hinauszugehen, die die Kassenvertreter den Ärzten zuletzt angeboten haben, beauftragt der Ausschuss den Kassenvorstand, Verkehren dafür zu treffen, daß in kürzester Frist den nichtversicherungspflichtigen Familienmitgliedern als Ersatz für freie ärztliche Behandlung Kur und Pflege auf Rechnung der Krankenkasse in den Krankenanstalten und Heilstätten gewährt wird.

Das alte Glöckenspiel der Parochialkirche in der Klosterstraße ist nach erfolgter Reparatur wieder in Tätigkeit. Ueber dem mechanischen Spiel von Liedern durch die Uhr — ausenblich die Adventslieder „Wie soll ich dich empfangen“ und „Mit Ernst, o Menschenkinder“ — spielt jeden Sonntag von 1 bis 2 Uhr der Glöcknist ein der Zeit angepaßtes Programm. Ebenso ist die seit langem abgetommene Sittte wieder eingeführt, auch Wochentags zu spielen. Dieses Spiel findet jeden Mittwoch von 1/2 12—2 Uhr statt, um auch dem werktätigen Publikum eine Gelegenheit stillen Genusses zu geben. Das historische Glöckenspiel erfüllt damit seinen Zweck auch in der heutigen so beweglichen und veränderlichen Zeit. Das Programm des Mittwochsvortrages ist im wesentlichen dasselbe wie am Sonntag. Das nächste Umsetzen der Uhrwerke findet am 24. Dezember statt, von wann ab bis Neujahr Weihnachtslieder erklingen.

In der Notwehr erschossen. In der Nacht zum Sonntag wurde der 31 Jahre alte Händler Georg Schwarz aus der Kösliner Straße 5 vor dem Koffler Schmidt in der Pantstr. 90 von einem Polizeiernten erschossen. Nach den bisherigen Ermittlungen hat sich der Vorgang folgendermaßen abgepielt: Schwarz und mehrere Bekannte von ihm sowie zwei Polizeibeamte befanden sich in dem Lokal. Bei Eintritt der Polizeibeamten entfernten sich die Gäste — unter ihnen auch die beiden Polizeibeamten — und wollten Schwarz, der stark angetrunken war, in eine herbeigerufene Straßdrohke legen. Dabei ging, allem Anschein nach durch die Ungeschicklichkeit eines der Beteiligten, eine Drohkohle in Trümmer und nun entstand zwischen dem Chauffeur und den Kofflerhausgästen ein Streit, in dessen Verlauf Schwarz einen der Polizeibeamten zu Boden warf und mit Hüften trat. Als der Koffler des Ueberfallenen diesem zu Hilfe eilte, wurde er ebenfalls von Schwarz angegriffen. In seiner Bedrängnis zog er seine Dienstpistole, um mit dieser an Stelle eines Stodes den Gegner abzumehren. Dabei löste sich ein Schuß und die Kugel streckte Schwarz zu Boden. Man trug den Demutstollen zur Rettungswache in der Lindower Straße, wo der Arzt nur noch den durch Kopfschuß eingetretenen Tod festzustellen vermochte. Ob diese Darstellung in allen Einzelheiten richtig ist, müssen die weiteren Zeugenernehmungen ergeben.

Falsche Wucherkaute. Am Sonnabend erschienen in dem Wohnhause von Risch, Schönweider Straße 3, in der Nähe des Bahnhofes Neukölln drei jüngere Männer, die sich als Kriminalbeamte der Wucherabteilung ausgaben, und nahmen eine Durchsuchung der Wohnung vor. Dabei eigneten sie sich 13 000 M. bares Geld, einen goldenen Trauring, gez. A. R., und drei Spartafasbücher an. Dann verschwanden sie schleunigst mit ihrer Beute. Die Täter sind etwa 30 Jahre alt und von mittlerer Statur. Sie waren gut gekleidet, einer von ihnen trug einen schwarzen Schapphut und einen dunklen Paletot.

150 M. Porto für Pakete nach Sowjetrußland. Die Berliner Sowjetrußische Gesandtschaft gibt bekannt, daß zwischen Deutschland und Rußland der Paketverkehr aufgenommen worden ist. Befördert werden: Lebensmittel, Papiere, Photographien, Stoffe und Kleidungsstücke, Medikamente, kosmetische Artikel. Die Pakete werden von der Deutsch-Rußischen Transportgesellschaft in Hamburg (Mündelberofal, Schuppen 77) aus weitergeleitet und müssen bei einem Gewicht bis 5 Kilo mit 150 M., bis 10 Kilo mit 225 M. und bis 15 Kilo mit 300 M. frankiert werden. Für die Beförderung nach dem asiatischen Rußland wird der doppelte Betrag erhoben. Die Verantwortung für die Sendungen übernimmt die Handelsabteilung bei der russischen Gesandtschaft in Deutschland.

Deutsche Hochschule für Politik. Der leinerzeit wegen Erkrankung des Referenten ausfallende Vortrag über das Thema „Unterricht oder Wiederaufbau der Weltwirtschaft“, den Gehilfen Dr. Bühler im Rahmen des Politischen Abendkurses hält, findet jetzt am Dienstag, 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Hörsaal 122 der Universität statt.

Arbeiter-Veranstaltung. Konfessionsammlung: Sopsien-Vorum, Weinmeisterstraße, tänzlich 4/8 Uhr.

In der Volkshöhe am Klopplach kann heute wegen Erkrankung des Herrn Kapler nicht „Kaplan Hofmann“ gespielt werden, sondern es gelangt „Ralle Reule“ zur Aufführung.

Eine Ausstellung guter Bilder und Bücher veranstaltet die Deputierten für Kunst und Bildung des Verwaltungsbereichs Rönneim in Stadtb. exorbueten-Schulungsalle des Rathauses. Die Zeichnungen sind: Ederens von 5—8 Uhr, Sonntag von 10—1 und 4—7 Uhr; der Schulung ist unentgeltlich. Am Freitag, den 2. Dezember, abends 7 Uhr, wird Walter Ederens mit-Überdorf in der Aula der Rönneim-Schule im Anhang an diese Ausstellung über das Buchwesen sprechen.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Etwas gelinder, überaus bewölkt, bei mäßigen südlichen bis südlichen Winden. Keine erheblichen Niederschläge.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

79. Alt. Schöneberg. Heute abend 7 1/2 Uhr Mitgliederversammlung im Jubiläum der Gemeindefschule Freitagstr. 57. Thema: Wirtschaftstagen. Referent: Heinrich Bredtner.

14. Kreis, Neukölln. 7 Uhr, Mittalbeiterversammlung, Sobenstraßstraße, Rettwiederbaum 76. Thema: Die gegenwärtige Lage unserer Organisation und Zielsetzung zur Weiterentwicklung. Referent: Emil Behmann.

Frauenveranstaltungen. Heute, Montag, 5. Dezember.

Veröffentlichung.
162. Alt. Baumgartenweg 74, Uhr bei Hah. Baumgartenweg 72. Thema: Ueber den Frauen. Referent: Gertrud Schindler.
108. Alt. Gipsenid. 7 1/2 Uhr bei Schul. Mägdeleben. Thema: Warum wird das. Referent: Gertrud Schindler.
108. Alt. Gipsenid. 7 1/2 Uhr bei Schul. Mägdeleben. Thema: Warum wird das. Referent: Gertrud Schindler.

